

Deutscher Funkwart

Erfolgt täglich nachmittags, mit Ausnahme des Sonn- und Feiertags. Preis pro Nummer 10 Pf. (ab 1. April 1932 monatlich 3.00 Pf. Vorkasse). Ab 1. April 1932 monatlich 3.00 Pf. Vorkasse. Ab 1. April 1932 monatlich 3.00 Pf. Vorkasse.

Mitteldeutsche Neueste Nachrichten

Mit den Beilagen: „Illustrierte Beilage“, dem „Unterhaltungsblatt“, „Die Heimat“, „Saat und Ernte“, „Aus der Welt der Frau“, „Recht, Politik und Steuern“, „Gesundheitspflege im Hause“, „Die Welt der Technik“, „Gartenbau und Gärtnerei“, „Mode, Heim und Gesellschaft“, „Jant und Glim“, „Wandern und Reisen“, „Auto und Kraftstoff“, „Zur junge Welt“.

Regierungszeitung für den abgeregelteren Mittelstand 18 Pf. im Jahre 1932 180 Pf. (ab 1. April 1932 monatlich 15 Pf. Vorkasse).

Verlagsgesellschaft Meckburg: Al. Ritterstraße 3, Jena: Sammelnummer 233. Postkonto: C/357 3078.

Zweigstelle Leuna: Industriest. 1, Jena: Sammelnummer 3088. Postkonto: C/357 399 30.

Nr. 132

Mittwoch, den 8. Juni 1932

58. Jahrgang

Politische Hochspannung in Berlin

Was bringt die Notverordnung?

Das Reichskabinett bei Vorbereitung der großen Notverordnung

Im Zeichen der Finanzberatungen

Frage der Beschäftigtensteuer noch nicht entschieden

Die politische Hochspannung in Berlin hat noch immer keine Beruhigung gefunden. Fragen ähneln sich und her, Antworten werden mit großer Vorsicht nur gegeben. Was wird aus der Notverordnung? Wird man für Preußen ein Regierungs-Kabinett bestimmen? Welche Pläne hat die Reichsregierung für den Ausgleich des Reichshaushalts? Die Frage ist um die preussischen Finanzen?

Ein ganzer Reichstagskonzert von Fragen hat sich in den Tagen der Regierungskrise und in der ersten Woche der Regierung des Kabinetts von Papen angeammelt. Fragen, die auf das dringendste beantwortet werden müssen, und fischerlich hat die Regierungserklärung inoffiziell eine überaus harte Spannung ausgeübt, als die Herren des Staatsbürgers mehr als je auf jene Fragen zu ihrer eigenen Beruhigung warten, die in der Regierungserklärung des Kabinetts von Papen an bevorzugter Stelle angeklagt wurden. Bleibt will der Staatsbürger auch weiterhin eine Spannung der Herzen gleich haben, als ob er sich endlich denken will, zu welchen neuen Opfern er nun herangezogen werden will, und wie man es sich wohl denken mag, etwas für Arbeitsbeschaffung und Ordnung im Reichs-haushalt zu tun!

Die Arbeiten des Reichskabinetts haben sich natürlich auch im wesentlichen mit diesen dringenden Fragen befaßt. Man glaubt, daß bis zum Ende dieser Woche die neue Notverordnung der Reichsregierung fertiggestellt sein wird, doch scheint man sich innerhalb des Reichskabinetts gerade in den wichtigsten Punkten dieser neuen Notverordnung noch nicht einig zu sein. Es kann kaum geahnt werden, daß in den Einzelheiten des Reichshaushalts noch größere Abänderungen gemacht werden, aber es ist andererseits nachweislich, daß man sich, wie wir schon einmal betont, den größeren Teil der Veränderung des Kabinetts Erklärung als Grundgedanke hat. Die ist die Vorbereitung der neuen Notverordnung gemacht hat.

Der Etat erstreckt sich auf die Zeit vom 1. Juli bis zum 1. April, also auf neun Monate. Bekanntlich ist für die Zeit vom 1. April bis zum 30. Juni dieses Jahres bereits eine Regelung getroffen worden, und zwar in Zusammenhang mit der von Kabinett Beratung vorgenommenen Umlegung des Budgets des Etatsjahres auf den 1. Juli. Die Erparnismaßnahmen, die in der Mitteilung über die heutige Kabinettsbildung angekündigt worden sind, beziehen sich auf solche Ausgaben, die also, daß die Gehaltssteigerungen nicht beabsichtigt sind. Ob es doch

Die französische Regierungserklärung

Einsparungen bei Rüstungen, ohne „unvorzüglich“ zu sein.

In Paris wurden am Dienstag die beiden französischen Parlamente, die Kammer der Deputierten und der Senat, feierlich eröffnet. Dabei scheint besonders die Erklärung des Präsidenten der französischen Republik, Schreier, der etwas ausführlicher die großen „Opfer“, die Frankreich seit Kriegsende gebracht habe, seien ein offenkundiger Beweis seiner „Anhänglichkeit“ und seiner „Solidarität“ (Gesetze, die zwischen den Nationen immer enger gefügt werden müssen). Frankreich sei in den letzten Jahren in der gerechten Sorge um seine „Sicherheit“, seine Unabhängigkeit und seine Stabilität gehalten worden, die wichtige Forderung des allgemeinen Friedens seien. Frankreich werde sich auch bemühen, die großen Grundlagen der Weltordnung untereinander abzumachen und den notwendigen Schritt zur Beseitigung der Gefahren der Welt zu tun.

Die bei den Besprechungen der Räter und bei den Besprechungen unter den Westmächten überbringt Vertrauen und Verzicht heranzuführen, beide wesentliche Grundlagen des Wohlstandes, nach dem die ganze Welt strebt. Auf diese Weise werde man die allmähliche Wiederherstellung der wirtschaftlichen Tätigkeit beschleunigen. In der Regierungserklärung, die der französische Ministerpräsident Herriot in der Kammer und der Senatsminister Renoult im Senat vorlesen, heißt es unter anderem:

„In der Hinsicht wird sich die französische Regierung von der dringenden Notwendigkeit der allgemeinen Drangsalierung des Friedens in Europa und der Welt im allgemeinen wissen, die wir alles um, was von ihr abhängt, um zu einer Politik der Entspannung, einer wirtschaftlichen Entente und der Wiederherstellung der Weltwirtschaft zu gelangen.“

„In der Hinsicht wird sich die französische Regierung von der dringenden Notwendigkeit der allgemeinen Drangsalierung des Friedens in Europa und der Welt im allgemeinen wissen, die wir alles um, was von ihr abhängt, um zu einer Politik der Entspannung, einer wirtschaftlichen Entente und der Wiederherstellung der Weltwirtschaft zu gelangen.“

Das Problem Reich-Preußen

Der Kampf um die 100 Millionen - Staatsausgleich oder Reichsfinanzreform.

Berlin, 8. Juni. Die preussische Staatsregierung hat gegen die Abkündigung der 100 Millionen, die bis in die letzten Nachstunden hinein dauerte. Der Vertreter des in Berlin befindlichen Ministerpräsidenten, Wahlminister Dr. Hagemann, und Finanzminister Dr. Hagemann, die in der Mitteilung über die heutige Kabinettsbildung angekündigt worden sind, beziehen sich auf solche Ausgaben, die also, daß die Gehaltssteigerungen nicht beabsichtigt sind. Ob es doch

Die preussische Staatsregierung hat gegen die Abkündigung der 100 Millionen, die bis in die letzten Nachstunden hinein dauerte. Der Vertreter des in Berlin befindlichen Ministerpräsidenten, Wahlminister Dr. Hagemann, und Finanzminister Dr. Hagemann, die in der Mitteilung über die heutige Kabinettsbildung angekündigt worden sind, beziehen sich auf solche Ausgaben, die also, daß die Gehaltssteigerungen nicht beabsichtigt sind. Ob es doch

Die preussische Staatsregierung hat gegen die Abkündigung der 100 Millionen, die bis in die letzten Nachstunden hinein dauerte. Der Vertreter des in Berlin befindlichen Ministerpräsidenten, Wahlminister Dr. Hagemann, und Finanzminister Dr. Hagemann, die in der Mitteilung über die heutige Kabinettsbildung angekündigt worden sind, beziehen sich auf solche Ausgaben, die also, daß die Gehaltssteigerungen nicht beabsichtigt sind. Ob es doch

Die preussische Staatsregierung hat gegen die Abkündigung der 100 Millionen, die bis in die letzten Nachstunden hinein dauerte. Der Vertreter des in Berlin befindlichen Ministerpräsidenten, Wahlminister Dr. Hagemann, und Finanzminister Dr. Hagemann, die in der Mitteilung über die heutige Kabinettsbildung angekündigt worden sind, beziehen sich auf solche Ausgaben, die also, daß die Gehaltssteigerungen nicht beabsichtigt sind. Ob es doch

Die deutsche Delegation für Lausanne

Zwei Minister werden nach Genève. Berlin, 8. Juni. Die deutsche Delegation für Lausanne wird voraussichtlich am Montag nach Genève aufbrechen. Die Delegation wird voraussichtlich am Montag nach Genève aufbrechen. Die Delegation wird voraussichtlich am Montag nach Genève aufbrechen. Die Delegation wird voraussichtlich am Montag nach Genève aufbrechen.

Neue Verhandlungen

Berlin, 8. Juni. (Abendblatt.) Da die dem Zentrum angehörenden Mitglieder des preussischen Kabinetts am Montagabend in die Verhandlungen des Reichstags eintraten, so konnte die preussische Kabinettsbildung über die zum Ausgleich des Reichshaushalts notwendigen Notverordnungen nun, wie beabsichtigt, am Mittwoch fortgesetzt werden. Die Fertigstellung der Notverordnung ist daher, wie das Nachrichtenbüro des Reichstags mitteilt, mit dem Ende des Monats zu erwarten. Am Freitag sind die Beratungen der Zentrumspartei beendet, man hat die Verhandlungen der Reichstagskommissionen in dem Sinne geführt, daß Preußen sich zunächst selbst helfen muß, sondern nur um die hochpolitischen Fragen der Reichsfinanzreform zu handeln.

Frankreichsurlaub des preussischen Ministerpräsidenten Dr. Brauns.

Der preussische Ministerpräsident meidet Ministerpräsident Dr. Brauns hat in einem an den Staatsminister Dr. Hagemann gerichteten Schreiben davon Mitteilung gemacht, daß er aus gesundheitlichen Gründen einen längeren Urlaub antreten wolle. Er hat Staatsminister Dr. Hagemann gebeten, die Reichsregierung des Ministeriums in seiner Vertretung zu führen.

